



**University of
Zurich**^{UZH}

**Zurich Open Repository and
Archive**

University of Zurich
University Library
Strickhofstrasse 39
CH-8057 Zurich
www.zora.uzh.ch

Year: 2013

Mit den Chancen wächst der Wille zur Freiheit

Cheneval, Francis

Posted at the Zurich Open Repository and Archive, University of Zurich

ZORA URL: <https://doi.org/10.5167/uzh-84473>

Newspaper Article

Published Version

Originally published at:

Cheneval, Francis. Mit den Chancen wächst der Wille zur Freiheit. In: NZZ am Sonntag, 25, 23 June 2013, 22.

Liberalismus

Der Patentschutz ist abgelaufen

Das Debakel der deutschen FDP bedeutet noch keine Krise des Liberalismus. Viele Parteien

unterstützen heute liberale Ideen, ohne sich liberal zu nennen, schreibt Francis Cheneval

Die FDP verpasste am letzten Sonntag bei den Wahlen in Deutschland zum ersten Mal seit der Gründung der Republik vor 64 Jahren den Einzug in den Bundestag. Die Rede von der Krise des Liberalismus macht die Runde. Skepsis ist angebracht, denn es ist Mode geworden, immer gleich eine Krise herbeizureden. Trotzdem: Stimmt es etwa nicht, dass liberale Grundsätze auf dem europäischen Kontinent auf heftigen Widerstand stossen? Kommt in Europa die zarte Pflanze des Liberalismus nicht zunehmend unter die Räder von Rechtspopulismus oder Sozialismus, wie schon oft in der Geschichte?

Bevor solch grossspurige Geschichtsdeutung verkündet wird, sollte man sich über eine Unterscheidung im Klaren sein: Das liberale Gedankengut ist das eine, die liberale Partei das andere. Sie haben etwas miteinander zu tun, was genau, gilt es aber im Einzelnen zu bestimmen.

Beginnen wir mit den Parteien. Der Niedergang der liberalen Parteien im In- und Ausland hat nicht nur, aber auch lokale und personenbezogene Ursachen. Vom Scheitern an der Urne sollte deshalb nicht direkt auf die mangelnde Akzeptanz liberalen Gedankenguts im Allgemeinen geschlossen werden. In Deutschland ist dies offensichtlich.

In diese Rubrik gehört auch die Selbstdemontage der Schweizer FDP der letzten Jahre. Wenn die staatsgründende und staatstragende FDP die Parole «Mehr Freiheit, weniger Staat» herausgibt, kann das nachgerade als «Mehr Freiheit, weniger FDP» interpretiert werden. Faktisch lief das Wahlverhalten des Schweizer Stimmvolks jedenfalls darauf hinaus. Es war ein Fehler, nicht selbstsicher als Garant für die Qualität des Staates einzutreten, sondern mit einer Plattitüde über dessen Quantität Punkten zu wollen.

Eine Partei, die breit und nachhaltig Stimmen gewinnen will, muss mit staatspolitischer Gravität auftreten und sich von linken und rechten Protestparteien dadurch unterscheiden, nicht gleichzeitig Politik und Antipolitik zu betreiben. Der liberale Staat wurde zum Schutz und zur Beförderung der Freiheit gegründet. Ohne ihn gibt es nicht mehr, son-

dern weniger Freiheit. Für seine freiheitsermöglichende Stärke muss eine liberale Partei eintreten. Das trifft auch für den sozialstaatlichen Bereich zu, bei dem es offensiv die Massnahmen in den Vordergrund zu stellen gilt, die das Individuum stärken und aktivieren, Mann und Frau.

Ferner ist es kaum verständlich, weshalb die FDP nicht frühzeitig genug erkannt hat, welche tiefe Beziehung die wanderlustige Schweizer Bevölkerung zum Thema Umwelt und Natur hat und welches ökonomische und innovative Potenzial der marktgerechte Schutz der Natur in sich birgt.

Zu diesen selbstverschuldeten Fehlern hinzu kamen in der Schweiz noch wirtschaftliche Misserfolge und Peinlichkeiten, von der Swissair-Pleite bis zu dem halt doch vom Staat abgewendeten UBS-Konkurs oder Auswüchsen bei den Managergehältern. Sie wurden der FDP als Wirtschaftspartei angelastet oder haben ihrer Glaubwürdigkeit geschadet. Langsam wächst Gras über diese Geschichten, allerdings nicht blaues, sondern grünes.

Wie steht es aber um das liberale Gedankengut im Allgemeinen? Hier ist zunächst festzustellen, dass nicht nur Parteien mit vorangestelltem Adjektiv «liberal» ein solches unterstützen. Liberale Ideen haben sich in Europa mit beispiellosem Erfolg in ein weites Parteienspektrum verbreitet und sind in den europäischen Verfassungsstaaten sowie in EU und Europarat systemisch geworden.

Die Idee, dass der Staat zum Schutz von individuellen Grundrechten geschaffen wurde, dass seine Macht im Namen dieser Grundrechte begrenzt werden muss, dass sich Menschen frei versammeln und frei zu Parteien, Kirchen, Vereinen, Firmen, Nichtregierungsorganisationen verbinden dürfen, dass keines dieser Kollektive Anspruch auf eine Monopolstellung hat, sondern sich in einem fairen politischen und ökonomischen Wettbewerb bewähren muss, all das und vieles mehr wird auch von zahlreichen Parteien unterstützt, die sich nicht explizit liberal nennen.

Es gibt heute einen grossen liberalen Familienstreit über Fragen der Interpretation und Anwendung liberaler Grundsätze, nicht aber über ihren harten Kern. Selbstverständlich muss einschränkend erwähnt werden, dass es um die Verwirklichung liberaler Ideale in Eu-

ropa von Land zu Land sehr unterschiedlich und in einigen schlecht bestellt ist. Dennoch: Das liberale Gedankengut gehört zum konsensfähigen Bestand unserer europäischen Gesellschaften. Der in politischen Parteien organisierte Liberalismus ist aber gerade deshalb auch Opfer seines eigenen epochalen Erfolgs geworden. Wenn eine politische Idee einmal von einem Parteiprogramm in Verfassung, Gesetz und die Köpfe der Menschen übergegangen ist und sich dort nachhaltig bewährt, wird es für die Partei schwierig, sich damit zu profilieren.

Der Patentschutz des Liberalismus ist abgelaufen, er ist zum Generikum geworden. Es gibt zwei Möglichkeiten, darauf zu reagieren. Erstens können liberale Parteien gegen die Konfusion des Liberalismus mit anderen Strömungen ankämpfen. Vieles, was als sozial-liberal vermarktet wird, ist nicht liberal, da nur mit grosser Repression und monopolistischer Kontrolle durchsetzbar.

Dieses Sich-in-Stellung-Bringen als liberale Diskurspolizei genügt offensichtlich nicht, um breite Mehrheiten zu gewinnen. Vor allem dann nicht, wenn die Berufung auf liberale Grundsätze nur selektiv erfolgt, nämlich dort, wo es den partikularen Interessen der eigenen Klientel nicht zuwiderläuft.

Zweitens können liberale Parteien auf das Ablaufen des liberalen Patentschutzes mit ideeller Innovation reagieren. Das ist viel schwieriger als rückwärtsgewandtes Hervorheben vergangener Errungenschaften. Die Erneuerung kann aber durchaus auf bewährten Werten aufbauen. Der Liberalismus stellt die Gestaltungsfreiheit des Individuums ins Zentrum seines Denkens. Historisch musste er diese Freiheit übermächtigen Staaten abringen und gegen faschistische und sozialistische Staatsmoleche verteidigen. Deshalb sehen viele Liberale den Hauptgegner der Freiheit in den zentralistisch und monopolistisch organisierten Kommandostrukturen des Staates. Das Gegenmodell wurde der durch Verfassung eingeschränkte und von der Marktwirtschaft abgekoppelte Staat.

So weit, so gut. Es gilt aber zu bedenken, dass die lebensweltliche Erfahrung von Unfreiheit im Kollektiv längst nicht auf die Existenz im Staat beschränkt ist. Trotz dezentraler und pluralistischer Textur der Gesellschaft gibt es auch im nichtstaatlichen Bereich Kollektive, die es punkto zentralistischer und autoritärer Struktur mit Staaten aufnehmen können.

Konzerne mit Zehntausenden von Angestellten werden in vielen Fällen zentralistisch von einer abgekapselten Chefetage nach Kriterien strikter Gewinnmaximierung gesteuert. Das ist schlecht für das von Liberalen zu Recht favorisierte dezentrale Entscheiden, und Einzelne können ihre Gestaltungsfreiheit arg einbüßen. Eine Erneuerung liberalen Denkens muss davon ausgehen, dass es die unternehmerische und kreative Gestaltungsfreiheit des Individuums nicht nur gegen den Staat zu verteidigen gilt, sondern gegen jegliches Grosskollektiv.